

Ulrike Wagener

Der lange Schatten der Vergangenheit.

Wie begegnen wir rechtsextremem Gedankengut und Parolen in Kirche und Gesellschaft?

Vortrag auf der Tagung des Theologinnenkonvents in Augsburg am 21. Februar 2011

1. Rechtsextremismus als soziales, politisches und psychologisches Phänomen

Definition und Verbreitung von Rechtsextremismus

Das gegenwärtige Verständnis von Rechtsextremismus ist von der Perspektive der Institutionen bestimmt, die sich mit dem Phänomen beschäftigen. Staatliche Organe, insbesondere der Verfassungsschutz, definieren Rechtsextremismus als ‚Bestrebungen, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat und seine grundlegenden Werte richten‘. Aus juristischen Gründen steht hier primär die Ebene rechtsextremer *Handlungen* im Focus. Demgegenüber betonen (politik-)wissenschaftliche Definitionen neben der Handlungs- die *Einstellungsebene*. Rechtsextremismus wird hier als eine politische Haltung verstanden, die durch Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Pro-Nazismus gekennzeichnet ist. Die rechtsextreme Ideologie zeichnet sich durch fünf zentrale Merkmale aus:

- rassistische bzw. ethnische Ungleichheit
- Leitbild der Volksgemeinschaft; Kollektiv von Staat und ethnisch homogener Bevölkerung
- Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum
- Kampfmetaphorik, Feind-Denken, Gewalt als akzeptiertes Mittel politischer Aktivität
- Geschichtsrevisionismus, Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus

Um zu erheben, inwieweit rechtsextreme Einstellungen und Handlungsweisen unter jungen Menschen in Deutschland verbreitet sind, hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in seiner repräsentativen Schülerbefragung 20.604 deutsche Jugendliche (9. Klasse) zu Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus befragt (Baier et al. 2009):

- 40,4% zeigen ausländerfeindliche, davon 14,2% sehr ausländerfeindliche Einstellungen
- 17,6% sind ausländerfeindlich eingestellt, zeigen aber kein rechtsextremes Verhalten,
- 8,5% sind ausländerfeindlich eingestellt und zeigen rechtsextremes Verhalten,
- 6,0% sind sehr ausländerfeindlich eingestellt, zeigen aber kein rechtsextremes Verhalten,
- 8,2% sind sehr ausländerfeindlich eingestellt und zeigen rechtsextremes Verhalten.

Das selbst berichtete fremdenfeindliche Verhalten besteht in Beschimpfungen (15,4% der Befragten), Anbringen von Hakenkreuzen oder ausländerfeindlichen Sprüchen (6,4%), Sachbeschädigung allg. (2,8%), Körperverletzung (2,7%), Sachbeschädigung Wohnung/Haus (1,7%).

Gefragt wurde auch nach dem Kontakt zu bzw. der Einbindung in die rechte Szene. 17,4% der Jugendlichen geben an, zumindest selten oder manchmal rechte Musik zu hören, entsprechende Kleidung oder Sticker zu tragen; 9,3% tun das oft oder sehr oft. 3,8% der Jugendlichen sind Mitglied einer rechten Gruppe (4,9% der Jungen, 2,6% der Mädchen, ostdeutsche Jungen zu 6,4%, Norden 2,9%, Süden 5,7%, Westen 4,3%).

Die Schülerbefragung hat durch multivariate Analysen erhoben, welche Merkmale das Risiko für Rechtsextremismus bei deutschen Jugendlichen erhöhen. Der stärkste Faktor ist dabei niedrige Bildung: so neigen Hauptschüler 8x häufiger zum Rechtsextremismus als Gymnasiasten und schlechte Schulleistungen sind allgemein ein Risikofaktor. Männliches Geschlecht erhöht das Risiko auf das Fünffache, häufiger Alkoholkonsum auf das Vierfache. Des Weiteren sind Jugendliche mit niedriger Selbstkontrolle und einer Neigung zu riskantem Verhalten 2,6mal häufiger rechtsextrem, fast genauso stark wirkt sich schwere elterliche Gewalt aus (x2,3). Jugendliche Mitglieder in freiwilligen Feuerwehren sind doppelt so häufig rechtsextrem wie der Durchschnitt. Eine Auswirkung haben außerdem der Konsum von Gewaltmedien (x1,6), Arbeitslosigkeit bzw. der Bezug von Sozialhilfe (x1,5) sowie allgemein materialistische (x1,5) und autoritaristische Einstellungen (x1,4).

Viele Positionen, die von Rechtsextremen vertreten werden, finden sich durchaus auch in der Mitte der Bevölkerung. Die SINUS-Studien 1994-2001 haben aufgezeigt, dass knapp 50% der deutschen Bevölkerung eine nationalistische Einstellung haben; ca. 40-45% äußern bei Befragungen eine Angst vor Überfremdung. Mehr als die Hälfte der Deutschen stimmte Ende der 90er Jahre zu, dass straffällige Ausländer abgeschoben werden sollen, selbst wenn ihnen im Heimatland Folter oder Lebensgefahr drohen. Der verbreitete Nationalismus und die

Fremdenangst führen jedoch bei den meisten nicht zu rechtsextremen Handlungen oder aktiver Unterstützung rechtsextremer Gruppen oder Parteien, weil sie für Gegenargumente offen bleiben bzw. weil Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten ein Gegengewicht bilden .

Anlässe und Motive zum Einstieg in die rechte Szene

Die Sozialpsychologin Birgit Rommelspacher hat mit Hilfe von Interviews und Selbstzeugnissen von Aussteigern der rechten Szene untersucht, welche psychischen, sozialen und politischen Faktoren dazu führen, dass junge Menschen sich dem Rechtsextremismus zuwenden. Sie hat vier verschiedene Motivationsfaktoren gefunden (Rommelspacher 2006, 13-38):

a. Aktionismus und Gewalt

Den Jugendlichen geht es um „action“ und „thrill“, sie wollen Spaß haben und sich ausprobieren; auf dem Hintergrund eines sozialdarwinistischen Weltbildes kann Gewalt zu einer Lebensform werden, die man genießt. Über das Schikanieren anderer gewinnt man Selbstvertrauen, die Großartigkeit von Kämpfern (insbes. der deutschen Wehrmacht) wird beschworen.

b. Gemeinschaft und soziale Anerkennung

Diese Jugendlichen gestalten die Ablösung von ihrer Familie in der Adoleszenz durch Zuhilfenahme einer neuen „Familie“. In einer Altersphase, in der der Prozess der Individuation ansteht, wird stattdessen regressiv das Untertauchen und Aufgehen in der Gruppe gelebt; gemeinsame Rituale und Musik, Uniformen und Codes werden als kollektive Ekstase erlebt. Es geht darum, sich als Teil einer Elite zu verstehen. Die Gemeinschaft trägt dabei oft den Charakter des Männerbunds, der sich durch Abwertung alles Weiblichen konstituiert.

c. Protestmotiv

Die Zuwendung zur rechten Szene geschieht aus einem zunächst diffusen Protestmotiv, in erwachendem jugendlichen Selbstbewusstsein und Experimentierfreude wird die Lust an der Provokation und am Tabubruch gelebt. Dieses Protestbedürfnis wird durch die Szene zu einer gezielten Politisierung benutzt; einige Jugendliche suchen aber auch von sich aus eine alternative Politisierung, um dem politischen Weltbild der Familie etwas entgegenzusetzen.

d. Übernahme eines familiären Auftrags

Die dritte Generation seit dem NS trägt manchmal durch die Zuwendung zur rechten Szene Familienkonflikte aus bzw. zeigt Loyalität mit bestimmten Familienmitgliedern, z.B. stellt sich der Enkel gegen die Eltern auf die Seite des Großvaters.

Erklärungsversuche und Interventionsstrategien

In der wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit werden verschiedene Theorien diskutiert, die den Rechtsextremismus erklären sollen und entsprechende Interventionsstrategien nach sich ziehen (vgl. Rommelspacher 2006, 114-125).

a. Rechtsextremismus als Gewalt, die sekundär ideologisiert wird

In dieser Sicht ist es die Gewalt selbst, die die Faszination des Rechtsextremismus ausmacht. Hier wird davon ausgegangen, dass rechtsextreme Gewalttäter zunächst einmal selbst Opfer von Gewalt geworden sind. Dies trifft aber nur für einen Teil der jungen Rechtsextremen zu.

Die Wahrnehmung des Rechtsextremismus als sekundär ideologisierte Gewalt führt dazu, dass z.B. Aussteigerprogramme vor allem versuchen, die Jugendlichen zu stabilisieren und von Straftaten abzuhalten. Ihre Ideologie ist oft kein Thema, da sie als zweitrangig gilt.

b. Rechtsextremismus als Ausdruck von Fremdenangst

Diese Theorie geht davon aus, es eine menschliche Tendenz zur Fremdenangst gibt; innere Konflikte einer Gesellschaft werden auf die Fremden projiziert. Andererseits gibt es auch ein Profitieren von der Begegnung mit dem Fremden, Konfrontation mit Fremden führt zu eigener Weiterentwicklung. Zu unterscheiden ist zwischen offenen und geschlossenen Kulturen; je geschlossener eine Kultur, desto gefährlicher für Fremde.

c. Rechtsextremismus als Modernisierungsfolge

Es wird davon ausgegangen, dass Rechtsextremismus eine Folge sozialen Wandels und der damit einhergehenden Perspektivlosigkeit bzw. ein Phänomen von Modernisierungsverlierern ist. Allerdings trägt die sozioökonomische Lage von betroffenen Jugendlichen nur zu etwa einem Fünftel zur Erklärung rechtsextremer Haltungen bei (vgl. Stöss et al. 2002). In der Folge wurde die Theorie der „relativen Deprivation“ entwickelt: Demnach führt eine schlechte ökonomische Lage nur dann zum Rechtsextremismus, wenn sie als ungerecht im Vergleich zu anderen empfunden wird. Neuere Studien haben außerdem ergeben, dass elterlicher und schulischer Erziehungsstil einen höheren Einfluss

auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen haben als die wahrgenommene Verunsicherung durch Risiken der Modernisierung.

d. Rechtsextremismus als Dominanzideologie

Rommelspacher geht davon aus, dass Ressentiments gegenüber Minderheiten in realen Konflikten wurzeln. Rassistische Konstruktionen haben in diesen Konflikten die Funktion, Unterschiede zwischen Menschengruppen zu markieren, „um den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu steuern. ... „Soziale Beziehungen werden naturalisiert, indem den anderen wesenhafte, natürliche Eigenschaften zugeschrieben werden, die sie von der Eigengruppe in absoluter Weise unterscheiden. Dabei werden sie zugleich in ein hierarchisches Verhältnis gesetzt.“ (Rommelspacher 2006, 126f)

Rechtsextreme zeichnen sich durch ein „hierarchisches Selbstinteresse“ aus, das nicht durch eine relativierende Sozialethik ausgeglichen wird (Hadjar 2004). Sie radikalisieren Dominanzansprüche, die in der westlichen Kultur insgesamt angelegt sind, d.h. während die westliche Kultur sich insgesamt in der Spannung zwischen grundsätzlichen Gleichheitsansprüchen und der Durchsetzung von Ungleichheitsverhältnissen bewegt, löst der Rechtsextremismus diese Spannung zugunsten der ethnischen Hierarchie auf. Rommelspacher weist darauf hin, dass solche Dominanzideologien nicht der Verliererseite entspringen, sondern vorrangig bei denjenigen ausgeprägt sind, die der dominanten Position angehören: Männer, Weiße, Heterosexuelle, etc. Insofern dient der Rechtsextremismus der Absicherung von Privilegien. Welzer spricht hier von „kollektiver Nobilitierung“ (zit. n. Rommelspacher 2006, 141).

Das *hierarchische Selbstinteresse* stellt ein signifikantes Unterscheidungskriterium zwischen rechten und nicht-rechten Jugendlichen dar; es ist gekennzeichnet durch Leistungsorientierung, Macchiavellismus, Konkurrenzdenken und Individualismus. Rechte Jugendliche weisen auch hohe Werte für Selbstwirksamkeit („Alles im Griff“, „kann mich durchsetzen“) und ideologische Selbstüberhöhung (Elite) auf, sie zeigen andererseits deutliche Defizite in sozialer Kompetenz. Die Persönlichkeitsentwicklung wird blockiert, da die Hinwendung zu sich selbst mit einem Tabu belegt wird; Verantwortung für das eigene Verhalten wird an die Gruppe übertragen. Positionen und Argumente werden nicht diskursiv überprüft und nicht an der eigenen Erfahrung gemessen – deshalb entsteht eine

fundamentale Unsicherheit, die durch die Inszenierung einer grandiosen Geschichte und historischen Heldentaten kompensiert wird.

2. Selbstvergewisserung: Unsere Geschichte und unsere theologischen Ressourcen

Der historische Nationalsozialismus wie auch der heutige Rechtsextremismus können als Reaktionen auf das Scheitern von kollektiven Größenvorstellungen und Dominanzansprüchen verstanden werden. Der Nationalsozialismus berief sich auf die deutsche Demütigung durch die Siegermächte des 1. Weltkriegs im Versailler Vertrag. Der demütigenden Erfahrung der Niederlage wurde der umfassende eigene Dominanzanspruch nach innen wie nach außen entgegengesetzt: Privilegierung der „Volksdeutschen“ nach innen und militärische Unterwerfung der Anderen nach außen. Im gegenwärtigen Rechtsextremismus ist die Fremdenfeindlichkeit mit einem instrumentellen Nutzendenken und einem Wohlstandschauvinismus verknüpft; das eigene Elitebewusstsein konkretisiert sich im erhobenen Anspruch auf Vorrechte. Es wird eine „Erbenqualifikation“ reklamiert, der diesen Anspruch absichern soll.

Die damit gegebene Thematik des „Erbenstatus“ hat im Blick auf die jüdische und christliche Geschichte eine eminent theologische Dimension. Die Thematik des „Erbeils“ spielt in der hebräischen Bibel wie im Neuen Testament eine wichtige Rolle. Diesen Ansatzpunkt zur theologischen Reflexion möchte ich nutzen – durchaus in dem Wissen darum, dass es noch viele weitere mögliche Anknüpfungspunkte in der christlich- theologischen Tradition gibt. Aber diese Parallelität der Rede vom „Erben“ ist ein auffälliger Befund, der danach fragen lässt, inwiefern hier mit diesem Konzept historische Erfahrungen des Scheiterns verarbeitet worden sind. Ich beziehe mich hier auf Überlegungen von Gerd Theißen in seinem Buch „Die Religion der ersten Christen“.

Der Bundesnomismus und damit die theologische Tradition von der Erwählung des Volkes Israel scheinen ja zunächst eine Tradition der Auszeichnung und Privilegierung zu beinhalten, die sich auch in politischer Macht unter einem starken König niederschlägt. Aber die Forschungen zur Hebräischen Bibel und zur Geschichte Israels zeigen, dass die Entwicklung des jüdischen Monotheismus einen grundlegenden Zusammenhang mit der Niederlage von 587 v.Chr. aufweist. Erst nach der Eroberung Jerusalems durch Nebukadnezar und der Deportation der Eliten ins babylonische Exil entwickelte sich aus der Monolatrie der JHWH-

Monotheismus. Die politische und militärische Niederlage wurde weder mit Identifikation mit dem Aggressor, noch mit Revisionismus und Rache-/Größenphantasien beantwortet. Vielmehr wurde die Niederlage verarbeitet, indem JHWH größer gedacht wurde, als (einziger) Gott der ganzen Welt und damit auch als Urheber der Niederlage seines eigenen Volkes. Die Dominanzansprüche wurden also, indem sie auf Gott als Herrn der Geschichte umgelenkt wurden, auf paradoxe Weise mit der eigenen Niederlage verknüpft.

Eine ganz ähnliche Entwicklung führt zur Entstehung des Christentums nach der Kreuzigung Jesu: Das Scheitern des Hoffnungsträgers und seine politisch motivierte Hinrichtung werden als göttlicher Akt interpretiert; Jesus wird zum Gottessohn und über alle Mächte hinaus erhöht – diese Erhöhung wird aber gebunden an seine Erniedrigung, die seine Heilsnähe zum Menschen ermöglicht. Die Evangelien zeichnen Jesus als Kontrastgestalt zu den divinisierten römischen Kaisern, er ist der erwartete Retter, aber er kommt ohne militärische Macht und weist die Versuchung der Weltherrschaft zurück. Der Gedanke von der Königsherrschaft Gottes wird ent-nationalisiert: die *basileia* setzt sich nicht gegen politische, sondern gegen mythische Feinde (Dämonen) durch. Indem Gott als Vater angesprochen wird, werden in der Gemeinschaft der an Christus Glaubenden alle zu Kindern eines königlichen Haushalts – alle werden privilegiert – eine Fortsetzung des in der Schöpfungstheologie verankerten Gedankens der (königlichen) Gottebenbildlichkeit aller Menschen. In den synoptischen Evangelien führt die Nachfolge Jesu zu einer Versöhnungsethik, die soziale Barrieren horizontal und vertikal durchbricht: Sowohl der Innen-Außen-Gegensatz wie die Oben-Unten-Dichotomie werden aufgebrochen. Horizontal werden mit dem Liebesbegriff ethische Verpflichtungen über soziale Grenzen hinaus ausgeweitet. Vertikal geht es um die Aufhebung von Herrschaft in der Nachfolgemeinschaft; dazu gehört die verschärfte ethische Regulation von männlicher Gewalt und Sexualität (Mt 5,21f.27f).

Die Theologie des Paulus zielt auf eine Integration der ganzen Welt in die Geschichte, die Gott mit Israel begonnen hat. In den christusgläubigen Gemeinden sind die sozialen Hierarchisierungen nach Ethnie, Geschlecht und sozialem Status aufgehoben (Gal 3,28), Einheit und Versöhnung beruhen auf der Entprivilegierung von jüdisch, frei und männlich Sein. Dabei bietet Paulus im Galaterbrief eine sehr profilierte theologische Reflexion über den Erbenstatus, indem er den Status des Sohnes und Erben inklusiv wendet und auf alle Glaubenden anwendet. Das zentrale Thema des Galaterbriefs ist die Beschneidung, der

Galaterbrief stellt ein Gespräch des Paulus mit männlichen Gemeindegliedern dar. Es sind die männlichen galatischen Heidenchristen, die gerne so wie die jüdischen Männer beschnitten werden wollen. Mit ihnen setzt Paulus sich auseinander, da für ihn mit diesem Wunsch das ganze Evangelium in Frage steht.

Was ist nun der Kern der Kontroverse zwischen Paulus und den galatischen Männern? Die Beschneidung ist für jüdische Männer das am männlichen Körper sichtbare Zeichen der Zugehörigkeit zum Gottesvolk. Diese Zugehörigkeit wird im Alten Testament über die männliche Abstammungslinie vermittelt: Über genealogische Listen nach dem Muster „A zeugte B, B zeugte C ...“ begründen Juden ihre Zugehörigkeit zum „Sperma“ – d.h. zur Nachkommenschaft - des Stammvaters Abraham. Paulus nun durchbricht dieses männlich-genealogische Konzept und ersetzt es durch den Glauben als einzige Bedingung der Zugehörigkeit zu Gott. Insofern kann er sagen, dass alle Getauften Sperma Abrahams sind (Gal 3,29); andererseits bezeichnet er Christus als das „eine Sperma“ Abrahams (Gal 3,16). Was Paulus hier aufhebt, ist einerseits die patriarchale Vater-Sohn-Struktur und die damit gegebene hierarchische Ordnung und andererseits das exklusiv nationale Verständnis der göttlichen Erwählung. Damit steht er im übrigen in gut jüdischer Tradition: Schon im Alten Testament wird erzählt, wie die patriarchale Ordnung mit der väterlichen Privilegierung des erstgeborenen Sohnes – durch die Mütter und mit Gottes Hilfe – durchbrochen wird. Und Jesus selbst ist irdisch ein Sohn ohne leiblichen Vater.

Gleichzeitig bindet Paulus die „wahre“ Zugehörigkeit zur Glaubensgemeinschaft an die Mutter, indem er die wahren Erben Abrahams als die Kinder der Freien, nämlich Saras, sieht (Gal 4,30f). Und Paulus bezeichnet sich selbst in seinem Ringen um die Galater als Mutter, die unter Wehenschmerz dabei ist, ihre Kinder „in der Gestalt Christi neu zu gebären“ (Gal 4,19).

Vor diesem Hintergrund wird der Beschneidungswunsch der galatischen Männer verständlich: Das Evangelium, so wie Paulus es verkündigt, beinhaltet nicht nur den Verlust männlicher sozialer Privilegien, sondern auch einen starken symbolischen Bedeutungsverlust von Männlichkeit. Es gibt kein exklusiv männliches Merkmal der Zugehörigkeit zu Gott mehr, die Geschlechterordnung ist in Unordnung geraten – ein sehr verunsichernder Zustand!

Zugespitzt könnte man vielleicht sagen: Das paulinische Evangelium ist für die galatischen Männer eine Zumutung.

Sie wollen die Beschneidung, weil sie in ihr eine Möglichkeit der Selbstvergewisserung ihrer Existenz als Männer und als von Gott Erwählte sehen. Für Paulus ist dieser Weg der Selbstvergewisserung jedoch eine Unmöglichkeit, weil auf ihm die Trennung der Verschiedenen und die Herrschaft der einen über die anderen wieder in Kraft gesetzt werden. Er verweist stattdessen auf das Kreuz: Für ihn bedeutet der Glaube an Christus den Gekreuzigten das Ende solcher männlicher Selbstbestärkung und Herrschaft und eine neue aktiv solidarische Lebensweise: „Einer trage des anderen Lasten“ (Gal 6,2) lautet seine Antwort an die Galater.

Die biblischen Schriften bezeugen immer wieder die Ausweitung und Demokratisierung vormaliger – königlicher, aristokratischer, nationaler oder geschlechtsspezifischer – Privilegien; dies wirkt sich neutestamentlich vor allem auch in der Ethik aus, indem Oberschichtwerte in einer Weise neu interpretiert werden, dass sie zu einer Orientierung für alle werden können (z.B. Geben ist seliger denn Nehmen).

Im biblischen Zeugnis liegt also eine immense theologische Ressource, die es ermöglicht, Größenphantasien, Dominanz- und Privilegierungswünsche aufzugreifen und gleichzeitig inklusiv zu wenden, indem nicht Menschen oder nationale Gemeinschaften „groß“ gemacht werden, sondern Gott. Damit wird in der zwischenmenschlichen Grundspannung von Egalität und Dominanz grundsätzlich die Gleichheit gestärkt und Dominanzwünschen die Legitimation entzogen.

Allerdings ist diese Ressource auch äußerst missbrauchsgefährdet, wie die Kirchengeschichte zeigt. Nachdem Gott groß gemacht wurde, wurde der Lichtstrahl der Größe Gottes allzu oft wieder auf die eigene Nation bzw. ihre jeweiligen Eliten umgeleitet, die sich in diesem Licht sonnten.

Während des Nationalsozialismus wurde die theologische Ressource des christlichen Glaubens gänzlich pervertiert, indem die Größe Gottes mit der nationalen Größe des deutschen Volkes zu einer nationalen Theologie verknüpft wurde.

Aber auch hier haben einige öffentliche Stimmen nach der militärischen Niederlage und der Befreiung vom Nationalsozialismus die theologische Tradition fortgesetzt, die Niederlage als Chance und Herausforderung zum Schuldbekenntnis und zur Neuorientierung zu begreifen. Ich spreche hier nicht von der relativ bekannten Stuttgarter Schulderklärung des Rates der EKD vom 18./19. Oktober 1945, die recht zögerlich und nur auf Druck der internationalen Kirchenvertreter zustande kam. Deutlicher wird das Aufgreifen der theologischen Tradition im sog. „Darmstädter Wort“ des Bruderrates der Bekennenden Kirche, der 1947 formulierte:

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne. Dadurch haben wir dem schrankenlosen Gebrauch der politischen Macht den Weg bereitet und unsere Nation auf den Thron Gottes gesetzt.

Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine „christliche Front“ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten.

Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichts gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen Mitteln bilden zu müssen. Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen.“

(www.ekhn.de/inhalt/download/standpunkt/geschichte/07_darmstaedter_wort_lga.pdf)

Wenn hier von „christlicher Freiheit“ die Rede ist, so geht es um die Befreiung von Abgrenzungswünschen und Dominanzansprüchen. Diese Befreiung ist offensichtlich nicht ein für alle Mal zu haben, sondern will immer wieder gegen die hierarchisierenden und ausgrenzenden Tendenzen in menschlichen Gemeinschaften (auch den christlichen Kirchen) durchgesetzt werden. Christliche Freiheit ist ein Modell, das die Motive und Emotionen, die zum Rechtsextremismus führen, durchaus selbst kennt und immer wieder sich mit ihnen auseinandersetzen muss.

3. Überlegungen zum Umgang mit Rechtsextremismus heute

Die vorhandenen Studien zeigen deutlich auf, worin wichtige Schutzfaktoren gegen den Rechtsextremismus bestehen.

a. Von zentraler Bedeutung ist eine liebevolle, demokratische, zuverlässige und gewaltfreie Erziehung. Durch sie wird die Gleichwertigkeit der Menschen in ihrer Verschiedenheit und gegenseitige Achtung vermittelt. Neuere Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zeigen, dass wir hier in Deutschland insgesamt auf einem guten Weg sind: Die Gewalt in den Familien lässt offensichtlich nach, das Verbot körperlicher Züchtigung und die Ächtung von Gewalt in der Erziehung sind offensichtlich nicht wirkungslos.

b. Eine positive Bindung an Schule ist ein weiterer Schutzfaktor. Wenn Jugendliche positive Verhaltensvorbilder haben, an denen sie sich orientieren können, so wirkt das der Abwertung anderer Bevölkerungsgruppen entgegen.

c. Die Wahrscheinlichkeit, rechtsextreme Haltungen zu entwickeln wird deutlich reduziert, wenn Kinder und Jugendliche nichtdeutsche Freunde haben („Kontakthypothese“). Dies bedeutet, dass wir in unseren Bildungseinrichtungen der Ghettoisierung entgegenwirken müssen, so dass junge Leute über die Grenzen ethnischer Zugehörigkeit hinweg miteinander leben und lernen und persönliche Beziehungen knüpfen.

d. Laut der Schülerbefragung des KFN von 2009 wirkt sich die Mitgliedschaft in Musik- und Theatervereinen als Schutzfaktor gegenüber Rechtsextremismus aus (andere Gruppen und Vereine sind neutral, Freiwillige Feuerwehr ist Risikofaktor, s.o.).

Gesellschaftliche Strategien im Umgang mit dem Rechtsextremismus sollten sich an folgenden Grundüberlegungen ausrichten:

- Ansatzpunkt muss es sein, die Opfer in den Mittelpunkt stellen und für ihren Schutz zu sorgen. Das Recht der Gewaltopfer auf Schutz und fachgerechte Unterstützung ist erst noch durchzusetzen.
- Rechtsextremismus darf nicht als ein Jugendproblem angesehen werden, das mit sozialarbeiterischen Mitteln zu lösen ist. Die Täter sind ernst zu nehmen; es bedarf der inhaltlich-politischen Auseinandersetzung (vgl. Dierbach 2010)

- Die Zusammenhänge zwischen der Mitte und dem Rand der Gesellschaft müssen thematisiert werden; dies beinhaltet eine Selbstreflexion der demokratischen Gesellschaft auf die Spannung zwischen Egalität und Dominanz, auf Ungleichheit, Ungerechtigkeit und den strukturellen Rassismus unserer Gesellschaft (vgl. Rommelspacher 2006).
- Dies ist die Voraussetzung dafür, um dem Anspruch der Täter, in Namen der Gesellschaft zu handeln, entgegenzutreten zu können
- Erfolgversprechend ist eine Verunsicherungs-Pädagogik, die bei den Spannungen und Widersprüchen ansetzt, die die Jugendlichen in der rechten Szene selbst machen.

Literatur:

Baier, Dirk, Pfeiffer, Christian, Simonson, Julia, Rabold, Susann: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN (KFN-Forschungsberichte Nr. 107), Hannover 2009

Dierbach, Stefan: Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über Rechte Gewalt, Bielefeld 2010

Rommelspacher, Birgit: „Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Frankfurt/ New York 2006

Theißen, Gerd: Die Religion der ersten Christen. Eine Theorie des Urchristentums, Gütersloh 2. Aufl 2001